

Entscheidung

AG Potsdam v. 29.2.2024 - 6.50 IN 166/23

Leitsatz: Einem Schuldner in einem Zweitverfahren über das freigegebene Vermögen aus seiner selbstständigen Tätigkeit ist es generell versagt, einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen mit dem Ziel der Restschuldbefreiung zu stellen, wenn das erste Verfahren über sein Vermögen auf noch anhängig ist. Die Zulässigkeit des neuen Antrages hängt von der Beendigung des Erstverfahrens ab.

Ein Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiungsverfahren durch ein neues Insolvenzverfahren, welches zeitlich parallel zu einem bereits eröffneten Insolvenzverfahren ohne Restschuldbefreiungsantrag durchgeführt werden soll und dessen Insolvenzbeschluss sich auf freigegebenes Vermögen im Sinne von § 35 Abs. 2 InsO beschränkt, ist unzulässig, da er zu einer Ungleichbehandlung der Insolvenzgläubiger führt.

Beschluss

I. Mit Schreiben vom 26. September 2023 hatte der Antragsteller beantragt, über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren zu eröffnen.

Auf den Antrag des Antragstellers vom 26. August 2022 hin wurde bereits am 1. November 2022 ein Insolvenzverfahren des Insolvenzgerichts Potsdam unter dem Az. 6.50 IN 144/22 eröffnet. In diesem Verfahren hatte der Antragsteller anfänglich einen Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiung gestellt. Ein Stundungsantrag wurde nicht gestellt, da eine ausreichende Masse zur Deckung der Verfahrenskosten festgestellt werden konnte. Mit Schreiben vom 12. September 2023 hatte der Antragsteller in diesem Insolvenzverfahren seinen Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiung zurückgenommen, ohne dass zuvor eine Entscheidung des Insolvenzgerichts hierzu getroffen worden war oder ein Antrag auf eine Versorgung einer Restschuldbefreiung eingereicht wurden wäre.

Im Verfahren zum Az. 6.50 IN 144/22 hatte der Insolvenzverwalter eine Freigabe gemäß § 35 Abs. 2 InsO erklärt. Der Antragsteller hatte erklärt, dass aus der selbstständigen Tätigkeit neue Verbindlichkeiten entstanden sind, welche nicht als Insolvenzforderungen im Erstverfahren geltend gemacht werden können.

Der Antragsteller wurde darauf hingewiesen, dass das Insolvenzgericht den neuen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mit dem Ziel der Restschuldbefreiung für unzulässig hält und hat dem Antragsteller entsprechend § 287a Abs. 2 S. 2 InsO Gelegenheit gegeben, seinen Antrag zurückzunehmen. Mit Beschluss vom 6. Dezember 2023 wurde der Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten zurückgewiesen. Dieser Beschluss wurde rechtskräftig.

Das Insolvenzgericht hatte den Insolvenzverwalter des ersten Verfahrens angehört. Dieser hat unter anderem auf Bedenken hinsichtlich einer Abgrenzung der Massen zwischen zwei eröffneten Insolvenzverfahren hingewiesen. Der Antragsteller erklärte hierzu, dass er der Ansicht sei, dass alle Vermögenspositionen ab der Freigabe dem neuen Verfahren zuzuordnen wären und dementsprechend Vermögenspositionen vor der Freigabe zu dem ersten Insolvenzverfahren zuzurechnen sind.

II. Der Antrag vom 26. September 2023 auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mit dem Ziel einer Restschuldbefreiung ist unzulässig.

1. Die Unzulässigkeit des Antrages beruht jedoch nicht auf einer eventuellen Nichteinhaltung einer möglichen Sperrfrist. Die Durchführung eines Insolvenzverfahrens ohne das Ziel einer Restschuldbefreiung bewirkt keine Sperrfrist für einen Antrag des Schuldners auf Erteilung einer Restschuldbefreiung.

Ein Schuldner kann ohne Einhaltung einer Sperrfrist einen neuen Antrag auf Restschuldbefreiung stellen, wenn in einem vorausgegangenen Insolvenzverfahren die Kostenstundung wegen Verletzung von Mitwirkungspflichten

aufgehoben und das Insolvenzverfahren und sodann mangels Masse eingestellt worden ist (BGH v. 4.5.2017 - IX ZB 92/16; ebenso AG Göttingen v. 27.4.2005 – 74 IN 130/05, NZI 2005, 398) und keine Entscheidung über eine Restschuldbefreiung getroffen worden ist.

2. Grundsätzlich sind nach einer Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Schuldners weitere Anträge auf Eröffnung des Verfahrens über das bereits insolvenzbefangene Vermögen unzulässig; das gilt gleichermaßen für Gläubiger- und für Eigenanträge und für solche, die vor Eröffnung gestellt worden sind (BGH v. 3.7.2008 - IX ZB 182/07; Pape in: Prütting/Bork/Jacoby, KPB - Kommentar zur Insolvenzordnung, 98. Lieferung 12.2023, § 14 Rn. 75). Die Unzulässigkeit folgt aus dem Grundsatz, dass es nur ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners geben kann (BGH v. 9.7.2011 - IX ZB 175/10), weil dies ungeteilt für die gemeinschaftliche Befriedigung aller Insolvenzgläubiger zur Verfügung stehen muss.

3. Von diesem Grundsatz ist jedoch berechtigterweise eine Ausnahme zu machen. Auch unter Beibehaltung der grundlegenden Wertungen der Insolvenzordnung kann es zulässigerweise möglich sein, dass neben einem ersten Insolvenzverfahren, in dem insbesondere eine Freigabe im Sinne von § 35 Abs. 2 InsO erklärt worden ist, ein zweites Insolvenzverfahren eröffnet werden kann, welches sich nur auf freigegebene Vermögenspositionen bezieht (so auch Waltenberger in: Kayser/Thole, Insolvenzordnung (Heidelberger Kommentar), 11. Auflage 2023, § 287 Rn. 11).

Diese Ausnahme kann jedoch nur unter Beibehaltung der grundsätzlichen Wertungen der Insolvenzordnung zugelassen werden. Zu beachten ist in jedem Fall, dass es grundsätzlich unzulässig wäre, zwei Entschuldungsverfahren zeitlich nebeneinander laufen zu lassen (so auch Waltenberger in: Kayser/Thole, Insolvenzordnung (Heidelberger Kommentar), 11. Auflage 2023, § 287 Rn. 11).

Gibt ein Insolvenzverwalter das Vermögen des Schuldners aus seiner selbständigen Tätigkeit frei und wird über dieses Vermögen ein gesondertes Insolvenzverfahren eröffnet, ist ein in diesem Verfahren gestellter Antrag des Schuldners auf Restschuldbefreiung unzulässig, wenn über seinen im Ausgangsverfahren gestellten Restschuldbefreiungsantrag nicht entschieden ist (BGH v. 22.7.2021 - IX ZB 7/20; BGH v. 18.12.2014 - IX ZB 22/13). Insoweit hatte der BGH zu einer Vorentscheidung (BGH v. 18.12.2014 - IX ZB 22/13) in seiner Entscheidung vom 22.7.2021 ausgeführt: „Der Senat hat sich hierbei zum einen von der Erwägung leiten lassen, dass § 290 Abs. 1 Nr. 3 InsO a. F. einen Missbrauch des Insolvenzverfahrens zur wiederholten Reduzierung der Schuldenlast verhindern soll (vgl. BGH, Beschl. v. 18. 12. 2014, ...). Die Restschuldbefreiung soll als Hilfe für unverschuldet in Not geratene Personen dienen, nicht als Zuflucht für diejenigen, die bewusst finanzielle Risiken auf andere abwälzen wollen. Der Schuldner soll aus dem vorherigen Verfahren die richtigen Konsequenzen ziehen und zu einem vorsichtigeren Wirtschaften angehalten werden. Diese Überlegungen gelten erst recht, wenn der Schuldner während eines noch laufenden Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahrens einen weiteren Restschuldbefreiungsantrag stellt. Zum anderen hat der Senat aufgezeigt, dass bereits die gesetzliche Systematik der §§ 287 ff. InsO a. F. keinen Raum für zwei parallel geführte Restschuldbefreiungsverfahren lässt (vgl. BGH, Beschl. v. 18. 12. 2014, ...). So kann die für einen zulässigen Restschuldbefreiungsantrag erforderliche Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO a. F. nicht wirksam für zwei verschiedene, zeitgleich stattfindende Verfahren abgegeben werden; die für das Zweitverfahren erklärte Abtretung würde wegen des anhängigen Erstverfahrens leerlaufen. Auch kann der Schuldner seinen Obliegenheiten - etwa gemäß § 295 Abs. 1 Nr. 2 a. F. InsO - nur in einem einzigen Verfahren nachkommen.“

In diesem konkreten Verfahren liegen die tatsächlichen Umstände jedoch anders als in dem vom BGH behandelten Fall, als der Antragsteller zwar ursprünglich in dem Vorverfahren einen Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiung gestellt hatte, diesen jedoch in zulässiger Weise noch vor der Antragstellung in diesem Verfahren zurückgenommen hatte. In dem ersten Verfahren wird es nicht zu einer Entscheidung über eine Restschuldbefreiung kommen können, da der für die Entscheidung notwendige Antrag nach der Rücknahme nicht mehr existiert. Dementsprechend besteht in der hiesigen Konstellation kein Problem der Konkurrenz zweier Abtretungserklärungen, da durch die Rücknahme des Antrags auf Restschuldbefreiung die in dem ersten Verfahren erklärte Abtretung ohne Folgen bleiben wird.

Während des eröffneten Insolvenzverfahrens umfasst der Insolvenzbeschluss auch die von der Abtretung umfassten Forderungen. Nach der Rücknahme des entsprechenden Antrags kann es zu einer so genannten

Wohlverhaltensperiode, für welche die Abtretungserklärung notwendig ist, nicht kommen. Der Antragsteller muss auch in dem ersten Verfahren nach der Rücknahme seines Antrages auf Restschuldbefreiung keine Obliegenheiten mehr beachten, wodurch eine Verfahrenskonstellation entsprechend § 295 InsO nicht eintreten kann. Die benannten Entscheidungen des BGH stehen daher nicht dem Antrag des Antragstellers auf eine Restschuldbefreiung in dem hiesigen Zweitverfahren entgegen.

Die Zulässigkeit eines zweiten, parallelen Insolvenzverfahrens hat der BGH für den Fall bestätigt, dass ein Insolvenzverwalter erklärt, das Vermögen aus der selbstständigen Tätigkeit des Schuldners gehöre nicht zur Insolvenzmasse und der Antrag eines Neugläubigers auf eine Eröffnung eines auf dieses Vermögen beschränkten zweiten Insolvenzverfahrens geht (BGH v. 9.7.2011 - IX ZB 175/10).

Diese Rechtsprechung zur Zulässigkeit eines Insolvenzverfahrens über freigegebenes Vermögen ist bei einer Übertragung auf den Fall eines Eigenantrages mit dem Ziel der Restschuldbefreiung nicht dergestalt zu übertragen, dass aus den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs eine Zulässigkeit eines neuen Restschuldbefreiungsantrages geschlossen werden könnte.

Einem Schuldner in einem Zweitverfahren über das freigegebene Vermögen aus seiner selbstständigen Tätigkeit ist es generell versagt, einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen mit dem Ziel der Restschuldbefreiung zu stellen, wenn das erste Verfahren über sein Vermögen auf noch anhängig ist (Pape in: Prütting/Bork/Jacoby, KPB - Kommentar zur Insolvenzordnung, 98. Lieferung 12.2023, § 14 Rn. 77). In einem derartigen Insolvenzverfahren, bei dem es sich um ein Verfahren über ein Sondervermögen - und nicht um ein solches über das Vermögen einer natürlichen Person - handelt, komme die Erteilung der Restschuldbefreiung generell nicht Betracht (Pape in: Prütting/Bork/Jacoby, KPB - Kommentar zur Insolvenzordnung, 98. Lieferung 12.2023, § 14 Rn. 77).

4. Nach Ansicht des Insolvenzgerichts Potsdam scheitert der Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiung nicht an einer Unredlichkeit des Antragstellers.

Zwar wird vorgetragen, dass ein Schuldner, über dessen Vermögen bereits das Insolvenzverfahren eröffnet wurde und der die Erlangung der Restschuldbefreiung anstrebt, unredlich sei, wenn er weiterhin neue Schulden begründet (Thüning, ZVI 2017, 377, 381) und ein Schuldner, der im Rahmen eines ersten Insolvenzverfahrens die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Neubeginns hatte und der dieses Verfahren vorzeitig durch Rücknahme des Antrags beendet, um sodann ein neues Verfahren einzuleiten, unredlich und rechtsmissbräuchlich handle (AG Fürth v. 13.1.2016 - IN 581/15, ZInsO 2016, 290), doch schließt sich das Insolvenzgericht Potsdam die Rechtsauffassung nicht an.

5. Soweit die Zulässigkeit eines Restschuldbefreiungsantrages somit von der Beendigung des Erstverfahrens abhängig gemacht wird, steht dem Antrag des Insolvenzschuldners keine Sperrfrist entgegen. Einzige Voraussetzung ist die Vermeidung einer Parallelität von Insolvenzverfahren. Insoweit geht es nicht darum, ob nachvollziehbare Gründe vorhanden sind oder ob das Verhalten des Schuldners als unredlich zu werten wäre (hierzu Laroche, ZInsO 2016, 292). Die Zulässigkeit des neuen Antrages hängt jedoch von der Beendigung des Erstverfahrens ab (dies wurde nicht behandelt von Laroche, ZInsO 2016, 292, der sich in gewissen Fällen für eine Sperrfrist ausspricht).

6. Der hiesige Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiung ist jedoch systemwidrig und daher unzulässig.

Ein Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiungsverfahren durch ein neues Insolvenzverfahren, welches zeitlich parallel zu einem bereits eröffneten Insolvenzverfahren ohne Restschuldbefreiungsantrag durchgeführt werden soll und dessen Insolvenzbeschluss sich auf freigegebenes Vermögen im Sinne von § 35 Abs. 2 InsO beschränkt, ist unzulässig, da er zu einer Ungleichbehandlung der Insolvenzgläubiger führt.

In einem solchen Fall würde sich eine Restschuldbefreiung des Antragstellers in dem neuen Verfahren auf alle Insolvenzgläubiger erstrecken. Insolvenzgläubiger eines neuen Verfahrens wären alle Gläubiger, denen zum Zeitpunkt der Eröffnung des neuen Insolvenzverfahrens eine Forderung zusteht. Im konkreten Fall wären dies also die Insolvenzgläubiger des ersten, bereits eröffneten Insolvenzverfahrens, als auch die neuen Gläubiger aus der

selbstständigen Tätigkeit des Antragstellers und eventuell weitere Gläubiger, deren Forderung erst nach Eröffnung des ersten Insolvenzverfahrens entstanden sind. Die Insolvenzgläubiger des ersten Insolvenzverfahrens wären dabei vollwertige Insolvenzgläubiger des neuen Insolvenzverfahrens. Es ist jedoch zu beachten, dass der Hauptzweck eines Insolvenzverfahrens in der gemeinsamen Befriedigung der Insolvenzgläubiger liegt (LG Hannover v. 13.2.2015 – 11 T 2/15, Rn. 13). Die mit der Insolvenzordnung begehrte Gleichbehandlung der Insolvenzgläubiger würde hinsichtlich der Gläubigerstellung und der Möglichkeit der Beteiligung am Insolvenzverfahren durch das in dem hiesigen Verfahren begehrte zweite Insolvenzverfahren verwirklicht.

Für die jeweiligen Insolvenzmassen bewirkt die Eröffnung eines zweiten Insolvenzverfahrens jedoch eine Ungleichbehandlung der Gläubiger. Von der vorhandenen Insolvenzmasse des bereits eröffneten Insolvenzverfahrens können nur die Insolvenzgläubiger des ersten Insolvenzverfahrens, nicht jedoch die Neugläubiger profitieren, die eine Forderung nur in dem neuen Insolvenzverfahren anmelden könnten. Der Insolvenzbeschlagnahme des zweiten Insolvenzverfahrens könnte nur dasjenige Vermögen umfassen, welches nicht bereits vom Insolvenzbeschlagnahme des ersten Verfahrens umfasst ist. Ob ein solches Vermögen vorhanden ist, kann momentan nicht beurteilt werden. Sicher ist jedoch, dass die Insolvenzgläubiger des ersten Insolvenzverfahrens die Möglichkeit einer Befriedigung sowohl aus der Masse des ersten Insolvenzverfahrens als auch der möglichen Masse eines zweiten Insolvenzverfahrens hätten. Genauso sicher ist jedoch, dass die Insolvenzgläubiger des zweiten Insolvenzverfahrens, welche nicht gleichzeitig Insolvenzgläubiger des ersten Insolvenzverfahrens sind, nur eine Befriedigung aus dem Teilvermögen des Insolvenzschuldners erhalten können, der nicht bereits vom Insolvenzbeschlagnahme des ersten Verfahrens umfasst ist. Kurz gefasst bedeutet dies, dass die alten Gläubiger auf alles zugreifen können, während sich die neuen Gläubiger in jedem Fall mit einem kleineren Teil begnügen müssten. Dies führt in dem neuen Insolvenzverfahren mit dem Ziel einer Restschuldbefreiung zu einer Ungleichbehandlung der Insolvenzgläubiger.

Das gesamte Vermögen des Antragstellers, die Insolvenzmasse des ersten Insolvenzverfahrens zuzüglich einer Insolvenzmasse des zweiten Verfahrens muss jedoch ungeteilt für die gemeinschaftliche Befriedigung aller Insolvenzgläubiger zur Verfügung stehen (BGH v. 9.7.2011 - IX ZB 175/10). Dies ist nur dann der Fall, wenn dem Insolvenzbeschlagnahme des Verfahrens kein weiterer Insolvenzbeschlagnahme durch ein früheres Verfahren entgegensteht. Dies ist hier der Fall.

Der Antragsteller hatte bereits die Möglichkeit einer Restschuldbefreiung und das auf seinen Antrag eingeleitete Verfahren hätte zu einer Restschuldbefreiung führen können. Der Antragsteller hatte sich jedoch berechtigterweise entschieden, während des Insolvenzverfahrens selbständig wirtschaftlich tätig zu sein. Der Insolvenzverwalter des ersten Verfahrens hatte berechtigterweise durch eine Freigabe im Sinne von § 35 Abs. 2 InsO reagiert. Nachdem der Antragsteller erkannte, dass seine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit zu einem erheblichen Schaden anderer Personen durch nicht erfüllbare Forderungen geführt hat, versuchte der Antragsteller nun durch den neuen Antrag und die Rücknahme des Antrages auf Restschuldbefreiung in dem ersten Insolvenzverfahren zu erreichen, dass seine neuen Gläubiger auch zeitnah unter eine Restschuldbefreiung fallen, ohne dass eventuelle Sperrfristen wie vom Gesetzgeber vorgegeben zu beachten wären.

7. Das Interesse eines Insolvenzschuldners im Falle von Neuverbindlichkeiten aus einer freigegebenen selbstständigen Tätigkeit eine Restschuldbefreiung zu erhalten, die auch diese Neuverbindlichkeiten umfasst kann nicht durch ein paralleles Insolvenzverfahren berücksichtigt werden. Dem Schuldner verbleibt nur die Möglichkeit, seinen Antrag auf Restschuldbefreiung, wie im hiesigen Fall erfolgt, im Erstverfahren zurückzunehmen und nach Abschluss des Insolvenzverfahrens einen erneuten Antrag auf Insolvenzeröffnung und auf Restschuldbefreiung zu stellen (Möhring, ZVI 2021, 369, 370). Seinen Antrag auf Restschuldbefreiung kann ein Insolvenzschuldner zumindest so lange zurücknehmen, wie kein zulässiger Versagungsantrag gestellt worden ist (BGH. v. 22.9.2016 – IX ZB 50/15; BGH. v. 14.6.2018 – IX ZB 43/17).